



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 698 54 (Stiftung „Wertebündnis Bayern“) für das Jahr 2026 von 1.038,9 Tsd. Euro um 1.038,9 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 698 54 (Stiftung „Wertebündnis Bayern“) für das Jahr 2027 von 1.038,9 Tsd. Euro um 1.038,9 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Aufgabe des Freistaates ist es weder im Bund noch in den Ländern, „Demokratie“ zu fördern, eine wie auch immer geartete „Wertebasis“ in unserem Gemeinwesen zu verankern oder in sonstiger Form auf die Bürger erzieherisch einzuwirken. Sich als Regierung derartige Aufgaben zu verordnen, ist eine anmaßende Übergriffigkeit gegenüber der Zivilgesellschaft, die auch in der Öffentlichkeit bereits auf harsche Kritik gestoßen ist. Nicht ansatzweise nachvollziehbar ist die maßlose Erhöhung dieses Titels um fast 340,0 Tsd. Euro pro Haushaltsjahr. Dieser Haushaltstitel ist ersatzlos zu streichen.